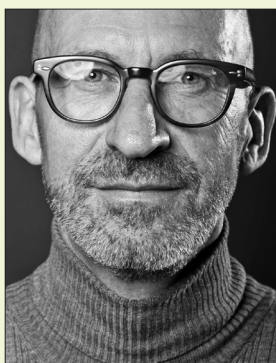


Wie wir bestehen in postfaktischen Zeiten

Brexit, CETA, US-Präsidentenwahl: Das Jahr 2016 war geprägt von der zunehmenden Polarisierung in wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Fragen. Mancher Kommentator sieht gar eine Zeitenwende. Auch in unserer Branche verlaufen die öffentlichen Debatten etwa um Mehrwegquoten, Inhaltsstoffe oder Produktkennzeichnung mehr und mehr abseits des konstruktiven Dialoges. Einige Interessenvertreter bedienen sich bei ihrem Kampf um Aufmerksamkeit und Spenden dabei aus dem populistischen Baukasten. Die Argumentation setzt auf das Phänomen #postfaktisch: Hauptsache mit Leidenschaft behauptet. Die Klickraten für steile Thesen haben Konjunktur. Es wird fleißig dämonisiert und desinformiert.



Patrick Kammerer
Präsident Wirtschafts-
vereinigung Alkoholfreie
Getränke e.V. (wafg)

In diesen Debatten zu bestehen, stellt gerade im Wahljahr 2017 eine besondere Herausforderung dar. Unsere Strategie bleibt dabei unverändert. Wir wollen mit Fakten, Hintergründen und nachprüfbareren Erkenntnissen zu einer Versachlichung der Diskussionen beitragen. Wir bleiben dialogbereit, dabei stets klar in unseren Positionen: Staatliche Eingriffe wie Strafsteuern auf bestimmte Produkte oder Nährstoffe machen unsere Gesellschaft nicht gesünder. Im Gegenteil, sie schaden mehr als sie nutzen.

Die höheren Preise belasten vor allem diejenigen, die ohnehin weniger haben: Familien und Bezieher niedrigerer Einkommen. Umsatzeinbußen bedeuten in letzter Konsequenz, dass Beschäftigte ihre Jobs verlieren. Allein der Staat profitiert. Die Steuer füllt die öffentlichen Kassen. Schlanker werden die Bürgerinnen und Bürger dagegen nicht. Nur ärmer. Diese Symbolpolitik bringt uns nicht weiter. Es gibt wirksamere und nachhaltigere Lösungen. Der Schlüssel liegt in einem ganzheitlichen Vorgehen von Politik, Wirtschaft, Gesundheitswesen und Zivilgesellschaft. Unser Beitrag als Branche sind Innovationen und damit eine weiter wachsende Vielfalt bei alkoholfreien Getränken. Zudem setzen wir auf transparente Produktinformationen sowie auf verantwortungsvolles Marketing.

Die wafg blickt auf ein erfolgreiches Jahr 2016 zurück, in dem wir wichtige Meilensteine gesetzt haben. So zum Beispiel den Verhaltenskodex zur verantwortungsvollen Vermarktung von Energydrinks, die Verbändeinitiative zur freiwilligen Kennzeichnung von pfandpflichtigen Einweg-Getränkeverpackungen sowie strikte Regelungen zum Schutz von Brunnen für die Getränke- und Lebensmittelindustrie im Rahmen des Fracking-Gesetzes. Mein herzlicher Dank gilt allen Kolleginnen und Kollegen, die sich ehrenamtlich mit Zeit, Energie und Expertise für unsere gemeinsamen Ziele einsetzen. Und natürlich auch der Geschäftsstelle für ihr anhaltendes, erfolgreiches Engagement. Wir werden auch 2017 gemeinsam alles dafür tun, diese Arbeit fortzuführen. Bis dahin wünsche ich Ihnen friedliche und frohe Festtage sowie einen guten Start ins neue Jahr!

DIW-Studie zur ökonomischen Bedeutung der Werbung

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat eine Studie zur ökonomischen Bedeutung der Werbung vorgelegt. Als ein zentrales Ergebnis verweist das DIW auf die Bedeutung der Werbung für Innovationen und die Qualität von Produkten. Das DIW betont insbesondere, dass Werbung dem für erfolgreiche Unternehmen wichtigen Aufbau von Reputation und Markenskapital diene. Hochwertige Produkte ließen sich hierdurch eindeutig von Konkurrenzprodukten abgrenzen, was wiederum Voraussetzung dafür sei, dass qualitativ hochwertige Produkte im Markt angeboten werden können.

Zudem förderten Werbeaufwendungen das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Ein Rückgang der Werbeaufwendungen führe zu einem überproportionalen Rückgang des BIP-Wachstums. Aus wirtschaftspolitischer Perspektive mahnten diese Ergebnisse aus Sicht des DIW zur „Vorsicht bei der Beschränkung von Werbeaktivitäten“. Die Studie wurde vom Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft e.V. (ZAW) und dem Gesamtverband Kommunikationsagenturen e.V. (GWA) in Auftrag gegeben und ist abrufbar über www.diw.de.

Anhaltende WHO-Diskussion zu Übergewicht

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) beschäftigt sich bereits seit mehreren Jahren mit Fragestellungen im Kontext von krankhaftem Übergewicht insbesondere bei Kindern. Hierzu hatte die WHO bereits im Januar 2016 den „Report of the Commission on Ending Childhood Obesity“ (ECHO-Report) veröffentlicht.

Nunmehr hat die WHO zur Umsetzung der dort genannten Maßnahmen durch die Mitgliedsstaaten einen konkretisierenden Umsetzungsplan mit zahl-

Kontakt:

Wirtschaftsvereinigung
Alkoholfreie Getränke e.V.

Telefon: +49 (0) 30/25 92 58-0

E-Mail: mail@wafg.de

Internet: www.wafg.de

reichen Vorschlägen vorgelegt, der auch Fragestellungen in den Bereichen Steuern, Nährwertprofile und Lebensmittelwerbung umfasst. In einem am Welt-Adipositas-Tag veröffentlichten Report „Fiscal policies for diet and the prevention of non-communicable diseases“ erläutert die WHO darüber hinaus ihre Vorstellungen bzw. Vorschläge zu Umfang, Gestaltung und Umsetzung einer wirksamen Finanzpolitik in Bezug auf ernährungsbezogene Fragen.

Die wafg hält weiterhin eine einseitige Fokussierung auf einzelne Nährstoffe bzw. eine bestimmte Lebensmittelkategorie für einen nicht zielführenden Ansatz. Zudem ist darauf hinzuweisen, dass die Ausgangslage bzw. Betroffenheit in den Mitgliedsstaaten höchst unterschiedlich ausfällt.

BLL: Mediendialog und Ernährungstagung 2016

Der 3. Mediendialog des Bundes für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde e.V. (BLL) unter dem Titel „Ist die Wirklichkeit auf dem Rückzug? Eine Debatte über Gefühle und Fakten“ diskutierte intensiv über die Auswirkungen von politischen Regulierungen auf die Lebensmittelbranche, die Medienlandschaft und das Verbraucherverhalten. Eindrücke zur Veranstaltung sind abrufbar unter www.bll.de/de/der-bll/veranstaltungen/pageflow-reportagen.

Unter stärker wissenschaftlichem Fokus stand die 2. BLL-Ernährungstagung: Diese bot interessante Einblicke in aktuelle Erkenntnisse aus den Bereichen Nutrigenomik, Epigenetik und den Einfluss der Darmflora auf die Gewichtsentwicklung. Deutlich wurde, dass diese Forschungsgebiete einerseits bereits spannende Erkenntnisse bieten, andererseits aber als „junge“ Forschungsdisziplinen relativ am Anfang stehen und noch erhebliches Potenzial aufweisen (vgl. weiterführende Informationen auch hierzu über die BLL-Homepage).

CDU / CSU-Bundestagsfraktion: Grundsätze der Verbraucherpolitik

Die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag hat im Oktober 2016 ein Positionspapier zu Grundsätzen der Verbraucherpolitik vorgelegt. Darin beschreibt die CDU/CSU-Fraktion ihre Grundprinzipien zum Verbraucher-

schutz. Sie verdeutlicht, dass sie grundlegend für eine Verbraucherpolitik mit Augenmaß stehe, welche die Freiheit und Selbstbestimmung der Verbraucher unterstütze. Das Leitbild des mündigen Verbrauchers stelle die Grundlage der Verbraucherpolitik der Fraktion, wobei dieses Verbraucherleitbild differenziert auszugestalten sei.

Die Fraktion stützt ihre Verbraucherpolitik auf die Säulen Verbraucherforschung, Verbraucherbildung (also die gezielte Förderung der Verbraucherkompetenz), Transparenz und gute Information für Verbraucher, klarer Rechtsrahmen sowie wirksame Rechtsdurchsetzung.

SPD-Bundestagsfraktion: „Gutes Essen, gutes Gewissen für Alle“

Die SPD-Bundestagsfraktion hat aktuell zum Thema Ernährung ein Maßnahmenkonzept „Gutes Essen, gutes Gewissen für Alle“ beschlossen. Unter anderem setzt sich die Bundestagsfraktion der SPD für ein staatliches Tierschutzlabel, aussagefähige und kontrollierte Kennzeichnungen (zum Beispiel für Regionalität, Nachhaltigkeit oder vegane und vegetarische Produkte) sowie ein bundesweites Transparenzsystem zur Veröffentlichung der Ergebnisse der Amtlichen Lebensmittelkontrolle (Hygieneampel) ein.

Zugleich angestrebt wird von der Fraktion eine klare Lebensmittelkennzeichnung in Bezug auf Fett-, Zucker- und Salzgehalte sowie die Vermittlung von Ernährungskompetenzen in Theorie und Praxis und eine stärkere Förderung von guter Kita- bzw. Schulverpflegung.

EU: Erweiterte Spezifikationen für Steviolglycoside

Mit der Verordnung (EU) Nr. 2016/1814 zur Änderung des Anhangs der Verordnung (EU) Nr. 231/2012 wurden die Spezifikationen für Steviolglycoside (E960) angepasst. Hintergrund war ein Antrag, in die Spezifikationen Rebaudiosid M in die Liste der zugelassenen Verbindungen aufzunehmen. Zudem sollte die Vorgabe gestrichen werden, wonach der Zusatzstoff Steviolglycoside (E 960) mindestens zu 75 Prozent aus Steviosid und/oder Rebaudiosid A bestehen muss. Der Änderungsantrag wurde zuvor von der Europäischen

Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) geprüft und befürwortet. Die neuen Vorgaben sind zum 3. November 2016 in Kraft getreten.

Regierungsentwurf zum CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz

Die Bundesregierung hat den Entwurf eines Gesetzes zur nationalen Umsetzung der CSR-Richtlinie vorgelegt. Dessen Anwendungsbereich soll ausschließlich kapitalmarktorientierte Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten erfassen. Beide Anforderungen müssen nach dem Entwurf kumulativ erfüllt sein, um die neuen Rechtspflichten in Deutschland für Unternehmen auszulösen.

Sofern gemäß den gesetzlichen Kriterien zukünftig Unternehmen erfasst sind, sollen diese nach den Plänen der Bundesregierung „im Lage- bzw. Konzernlagebericht oder in einem gesonderten nicht finanziellen Bericht ihre wesentlichen Risiken darstellen, die im Hinblick auf Arbeitnehmer-, Sozial- und Umweltbelange, zur Achtung der Menschenrechte und zur Korruptionsbekämpfung bestehen“ (vgl. weiterführend www.bmfv.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/09212016_CSR-RL.html).

BSI-Kritis-Verordnung: Kontaktstelle registrieren

Betreiber sogenannter „Kritischer Infrastrukturen“ sind nach §8b des Gesetzes über das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSIG) verpflichtet, über das Melde- und Informationsportal (MIP) des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) – erreichbar unter <https://mip.bsi.bund.de> – eine Kontaktstelle zu benennen. Zwar ist die gesetzliche Fristvorgabe für die Erstregistrierung ausgelaufen, dennoch empfehlen wir bei Rückfragen bzw. in Zweifelsfällen diese über das KRITIS-Büro möglichst zeitnah abzuklären.

Dort angemeldete Betreiber erhalten laut BSI nach der Registrierung umfangreiche Informationen zu den Produkten und Dienstleistungen des BSI. Das BSI empfiehlt, sich unter www.bsi.bund.de/Kontaktstelle mit dem Prozedere der Registrierung und den dafür notwendigen Daten vertraut zu machen.